

Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen und für Heimat



STAATSSSEKRETÄR

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
Postfach 22 16 65 · 80505 München

Präsidentin des
Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München

Telefon
089 2306-3010

Telefax
089 2306-2730

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom

Datum
2. Februar 2026

Petition des Herrn Fode betreffend „Digitale Souveränität in Behörden mit Fokus auf europäische und bayerische Softwarelösungen“, Petitionen der Herren [REDACTED] und [REDACTED] vom 10. November 2025 sowie Petition des Herrn [REDACTED] vom 22. November 2025 in gleicher Angelegenheit

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Petenten wenden sich gegen eine vermeintlich geplante flächendeckende Einführung von Microsoft 365 in staatlichen und kommunalen Behörden in Bayern.

Die Petenten fordern im Wesentlichen eine Überprüfung bzw. den Stopp eines aus ihrer Sicht angestrebten Vertragsabschlusses mit der Firma Microsoft zugunsten eines Einsatzes europäischer und bayerischer Softwarelösungen sowie anderer Open-Source-Alternativen. Ferner fordern sie teilweise die Offenlegung der Entscheidungsgrundlagen. Zur Begründung verweisen die Petenten auf die aus ihrer Sicht hohen Lizenzkosten, die Gefahr einer Abhängigkeit von einem US-amerikanischen Konzern sowie die Verlagerung zentraler Verwaltungsaufgaben an einen externen Vertragspartner.

Dienstgebäude München
Odeonsplatz 4, 80539 München
Telefon 089 2306-0
Öffentliche Verkehrsmittel
U 3, U 4, U 5, U 6 Odeonsplatz

Dienstgebäude Nürnberg
Bankgasse 9, 90402 Nürnberg
Telefon 0911 9823-0
Öffentliche Verkehrsmittel
U 1 Nürnberg/Lorenzkirche

E-Mail
poststelle@stmf.bayern.de
Internet
www.stmf.bayern.de

Die Petitionen sehen außerdem teilweise eine mangelnde Transparenz bezüglich der Entscheidungsgrundlagen, Kostenverteilung und Risikobewertung, insbesondere hinsichtlich des Datenschutzes und eines möglichen Datenabflusses in Drittstaaten. Außerdem führe eine Geschäftsbeziehung mit der Firma Microsoft dazu, dass öffentliche Gelder ins Ausland abfließen, anstatt in die regionale Innovationskraft investiert zu werden.

Zu den Eingaben wird wie folgt Stellung genommen:

Die Eingaben beruhen nach hiesiger Wahrnehmung auf einem sogenannten offenen Brief, der im Oktober 2025 pressewirksam gemacht wurde, aber bisher beim Staatsministerium der Finanzen und für Heimat nicht eingegangen ist. Dessen Inhalt ist daher nur mittelbar bekannt, zumal die Initiatoren im Vorfeld nicht das Gespräch mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat gesucht haben.

Es werden keine Vertragsverhandlungen mit der von den Petenten angenommen Zielsetzung geführt. Gegenwärtig erfolgt der Bezug von Microsoft-Produkten (Betriebssysteme oder Office-Produkte) für die Bayerische Staatsverwaltung über einen bestehenden Handelspartnervertrag, welcher im Jahr 2023 vom Staatsministerium für Digitales EU-weit ausgeschrieben und in einem wettbewerblichen Vergabeverfahren (sog. „Offenes Verfahren“) bezuschlagt wurde. Der Handelspartnervertrag nimmt Bezug auf Konditionenverträge¹, die das Bundesministerium des Innern mit der Firma Microsoft abgeschlossen hat und denen andere öffentliche Auftraggeber – insbesondere staatliche und kommunale Behörden – beitreten können. Die gegenwärtigen Überlegungen innerhalb der Bayerischen Staatsregierung zielen auf eine Konsolidierung der bestehenden, individuellen Beitrittsverträge bayerischer staatlicher Behörden ab, um insgesamt bessere Konditionen für den Freistaat zu erreichen. Die von den Petenten im Übrigen dargestellten Sachverhalte können nicht nachvollzogen werden. Insbesondere die in den Eingaben mitunter genannte Höhe der Lizenzgebühren stammt

¹ <https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/it-einkauf/microsoft-konditionenvertraege/microsoft-konditionenvertraege-node.html>

nicht aus staatlichen Berechnungen oder Verhandlungen. Die notwendige konkrete Gesamtbedarfs- bzw. Kostenermittlung steht vielmehr noch aus.

Im Rahmen der aktuellen Überlegungen innerhalb der Bayerischen Staatsregierung wird eine gebündelte Klärung einer Reihe von Fragestellungen angestrebt, die sich bayerische Behörden, die Produkte der Firma Microsoft aktuell bereits einsetzen, in Anbetracht der technischen Weiterentwicklung hinsichtlich einer perspektivischen Nutzung stellen. Betrachtet werden müssen hierbei insbesondere umfangreiche Fragen des Datenschutzes, der IT-Sicherheit und der Auswirkung auf die digitale Souveränität, einschließlich der in einer der Petitionen angesprochenen Ausstiegsszenarien, jeweils im Kontext einer technischen Implementierung. Ziel ist eine rechtlich und technisch sichere sowie wirtschaftlich sinnvolle Konfiguration. Aufgrund der komplexen Zusammenhänge – beispielhaft sei auf den kürzlich veröffentlichten Bericht² des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zum datenschutzkonformen Einsatz von Microsoft 365 verwiesen – liegen derzeit noch keine final belastbaren Einschätzungen im Sinne der Fragestellung vor. Parallel werden zusätzlich die Entwicklungen des IT-Marktumsfelds laufend beobachtet. Aufgrund des gegenwärtigen Sachstands kann auch der teilweise gewünschten Offenlegungen nicht nachgekommen werden.

Soweit die Eingaben eine vollständige Abkehr der Staatsverwaltung von Produkten der Firma Microsoft zum Ziel haben, ist mitzuteilen, dass unbeschadet vergaberechtlicher Vorgaben jegliche Vertragsbeziehungen regelmäßig grundlegend betrachtet werden sollten. Gegenwärtig ist jedoch kein flächendeckender Ausstieg aus Produkten der Firma Microsoft geplant.

Im Übrigen ist die Digitale Souveränität im Gesamtzusammenhang zu bewerten. Die bayerische Verwaltung nutzt sowohl in ihren Rechenzentren als auch bei Anwendungen einen ausgewogenen Mix aus Open-Source-Software, Standardsoftware und selbst entwickelten Systemen. Beispielsweise arbeiten die Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung auf einem

² [Bericht des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zum Einsatz von Microsoft 365 \(Stand: November 2025, Vers. 1.0\)](#)

reinen Open-Source-Arbeitsplatz. Wir setzen zudem für den Freistaat Bayern strategisch auch weiterhin auf einen eigenen Rechenzentrumsbetrieb. Dies gewährleistet weitgehende Verfügungshoheit über Daten und sichert IT-Kompetenz und Handlungsfähigkeit des Staates. Dadurch wird dem wichtigen Anliegen der digitalen Souveränität Rechnung getragen. In diesem Kontext bleibt auch die weitere Entwicklung hinsichtlich der Bereitstellung eines souveränen Arbeitsplatzes durch den Bund und die Länder gemäß der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 4. Dezember 2025 zur föderalen Modernisierungsagenda abzuwarten.

Aus den überwiegend sehr pauschal gehaltenen Eingaben ergeben sich im Übrigen keine zusätzlichen, im Rahmen der gegenwärtigen Prüfungen berücksichtigungswürdigen Aspekte.

Ich rege daher an, die Eingabe aufgrund der Erklärung der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Martin Schöffel". The signature is written in a cursive style with a large, stylized 'S'.

Martin Schöffel, MdL